

# SPD demokratischer pressediens

P/XXV/363

1. September 1970

Traumata sind keine Argumente

Spricht der CDU-Generalsekretär wirklich für die CDU?

Von Bundesminister Dr. Erhard Eppler  
Mitglied des Bundesvorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

(Seite 1 - 2 / 49 Zeilen)

Im Waffenexport äußerst defensiv

Eine notwendige Antwort auf unklare Fragen

(Seite 3 - 4 / 63 Zeilen)

Netzer erschöpft sich in Oberflächlichkeiten

Der ehem. Bundesarbeitsminister und des Sozialbudget

(Seite 5 - 6 / 52 Zeilen)

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt:

Unverletzlich heißt nicht unveränderbar  
An den Jackson-Bericht erinnert  
Nach dem Vorbild des deutsch-französischen  
Jugendwerkes  
Neue Fernsehfilme über Danzig und Allenstein  
Bessere Reismöglichkeiten nach Polen für  
1971 erwartet  
Staatlicher Bodenfonds in den Oder-Neiße-  
Gebieten  
Große Deutsche aus Ostpreußen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10  
Postfach: 2163  
Pressehaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telex: 888 248/888 547/  
888 548 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Traumata sind keine Argumente

Spricht der CDU-Generalsekretär wirklich für die CDU?

Von Bundesminister Dr. Erhard Eppler  
Mitglied des Bundesvorstandes der  
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Wer fragt, warum sich die Union so schwer tut mit dem deutsch-sowjetischen Vertrag, wird den Aufsatz des CDU-Generalsekretärs Dr. Bruno Heck lesen müssen, der am 31. August im "Deutschland-Union-Dienst" seiner Partei erschienen ist. Keine Äußerung bisher ließ das Trauma der Union so deutlich werden.

Bruno Heck ist, wie viele seiner Generation, geprägt worden durch die Auseinandersetzungen der Münchener Jahre. Heute zeigt sich, daß der dogmatische Antikommunismus, den die Union damals sehr einfach auf die Außenpolitik übertrug, für ihn keine Masche, sondern Überzeugung war. Das im Heck beinahe zwei Jahrzehnte lang seinen alljährlichen ursprünglichen Wählern vorgebrachten hat, daß nämlich im Osten der Feind stehe, mit dem zu reden nicht übermäßig sinnvoll sei, "warte und glaubt er wirklich. Das ehrt den Menschen Bruno Heck. Das nun, wie er sagt, "das Herz heiß wird", Richard soll auf die letzten Schritte nehmen, was heute an Emotionen aufbricht bei denen, deren Weltbild durch die simplen Formeln der Münchener Jahre geprägt wurde.

Aber es soll auch niemand von uns verlangen, daß wir solche emotionalen Ausbrüche mit Argumenten verwechseln. Was

Dr. Heck an "Bedenken" vorbringt, steht auf einem Niveau, auf dem zu diskutieren unmöglich ist. Man fragt sich, wie es mit dem Informationsfluß innerhalb der Opposition bestellt sein muß, wenn Fragen, die für die einen längst beantwortet sind, von den anderen immer neu gestellt werden. Natürlich wissen die Zuständigen in der Union, was Bruno Heck nicht weiß oder nicht wissen will: Daß für die Sowjetunion nach diesem Vertrag von den Interventionsartikeln der UN-Satzung nicht mehr übrig sein wird als für die drei Westmächte, daß also ein einseitiges Interventionsrecht nicht mehr besteht; daß die Einkriegung Europas durch den Vertrag nicht behindert wird; daß das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen nicht aufgehoben werden kann; daß die Bundesregierung um jedes Satzzeichen im Vertrag gerungen hat. Und natürlich weiß jeder Kandidat in der Union, daß bislang auch die unvernünftigsten Propagandisten der anderen Seite nicht versucht haben, die sogenannte Breschnew-Doktrin auf die Bundesrepublik Deutschland anzuwenden. Was Dr. Heck hier vorbringt, das sagt über die Sache - nämlich den Vertrag und unser Verhältnis zur Sowjetunion - nichts aus, über den Zustand der CDU/CSU mehr, als manchen Parteifreunden Hecks lieb sein dürfte. Dr. Heck geht von der Position des totalen Mißtrauens aus. Von dieser Position aus ist jeder Vortrag, aber auch jedes Gespräch sinnlos.

Die Union wird sich entscheiden müssen, ob sie die Debatte um den Vertrag mit der Sowjetunion führen will im Stile der Fünfzigerjahre. Bruno Heck kann nichts ändern. Kann es die Union? Sollte auch sie nicht anders können, so darf sie sicher sein: Die Mehrheit der Deutschen wird ihr diesmal nicht folgen.

+ + -

Im Waffenexport äußerst defensiv

Eine notwendige Antwort auf unklare Fragen

Die Bundesrepublik Deutschland hat auf die Herstellung atomarer, bakteriologischer und chemischer Waffen verzichtet und will sie auch nicht in eigener Verfügungsgewalt besitzen. Sie unterliegt auch der Kontrolle der Vereinten Nationen. Sie muß sich dort etwa den Bau größerer Kriegsschiffe genehmigen lassen, wovon sie nur sehr sparsam Gebrauch gemacht hat. Sie hat z.B. niemals den Bau atomar angetriebener Kriegsschiffe oder gar solcher Unterseeboote beantragt.

Diese Tatsachen sind nicht nur ein militärpolitisches, sondern auch ein außenpolitisches Faktum. Bonn ist fest entschlossen an dieser eingeschlagenen Linie festzuhalten und internationaler Abmachungen beizutreten, die auf eine Reduzierung von ABC-Waffen hinauslaufen und schließlich auch zur ausgeprägten Verminderung konventioneller Streitkräfte führen. Dieser elementare Bestandteil der Bonner Politik hat vor dem Hintergrund des deutsch-sowjetischen Vertrages noch größere Bedeutung gewonnen. Es steht zu hoffen, daß sich diese Politik in der Betrachtung der Ostblock-Staaten mit positiven wenden wird.

Darüber hinaus hat die Bundesrepublik nunmehr eine ungewöhnlich defensive Linie hinsichtlich des Waffenexports eingeschlagen. Hier über Bonn in einem Maße Zufriedenheit wie sonst kaum ein Land in der Welt, die aus Ostblock eingeschlossen. Es ist daher in der Tat überraschend, daß vornehmlich aus der BRD der Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt, der diese Linie in der militärischen Außenpolitik durchgesetzt hat, noch immer unbeschadet steht. Würde man sich in Ostblock an den Tatsachen orientieren und in das "Weißbuch 1970" zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr blicken, müßte man sich eines Besseren besinnen. Im "Weißbuch" heißt es zum Waffenexport, daß der Anteil der Rüstungsausfuhr der westdeutschen Firmen und der Bundeswehr am Gesamtexport der Bundesrepublik mit

0,3 vH. minimal sei. Demgegenüber führten 1968 die USA 3,8 vH., Frankreich 3,1 vH., England 2,4 vH. und die Schweiz noch mit 0,8 sowie Schweden mit 0,6 vH. relativ mehr aus als die Bundesrepublik.

Bonns Waffenexporte bedürfen nach dem Grundgesetz und nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz der Genehmigung durch die Bundesregierung. Waffenexporte in Spannungsgebiete werden grundsätzlich nicht mehr genehmigt. Dreiecksgeschäfte werden verhindert, indem man von dem Empfängerstaat eine "Endverbrauchergarantie" verlangt. Wörtlich heißt es in dem "Weißbuch": "Das Bundesministerium der Verteidigung und die Bundeswehr haben kein spezifisches Interesse an der Förderung des Waffenexports, es sei denn, er diene der Standardisierung der Ausrüstung im Bündnis" - was somit nur für die NATO-Partner für einen speziellen Zweck gilt. Aber sogar gegenüber einigen von ihnen hat Bonn gewisse Zurückhaltung. So bekam Griechenland zwar bis 1967 Auslieferung- und Ausbildungshilfen für 101 Millionen DM. Weitere Leistungen dorthin sind aber vorerst ausgesetzt worden.

Seit 1966 gibt es bei uns auch ein straff geregeltes Verfahren für die Verwertung von Überschußmaterial, ausgedienten Waffen und Geräten der Bundeswehr. Alljährlich sondert die Bundeswehr Überschußmaterial aus, das einmal in der Anschaffung zwischen 700 bis 800 Millionen DM gekostet hatte. Dafür sind in der Zeit von 1965 bis 1968 alljährlich rund 100 Millionen DM erlöst worden. Nunmehr will die Bundesregierung sogar prüfen, ob bei der Verwertung dieses Überschußmaterials künftig nicht generell auf die Einschaltung privater Waffenhandelsfirmen verzichtet werden soll. Das ist auch deshalb erforderlich, weil es in einigen Fällen vorgekommen war, daß andere als die vorgesehenen Adressaten das vorgesehene Material erhielten. Das Bundesverteidigungsministerium vertritt zudem die Auffassung, daß Waffen und Munition aus den veralteten Überschußbeständen der Bundesregierung vermehrt verschrottet werden sollen.

### Katzer erschöpft sich in Oberflächlichkeiten

Der ehem. Bundesarbeitsminister und das Sozialbudget

Der stellv. CDU-Vorsitzende Hans Katzer MdB, ehemals Bundesarbeitsminister, stellte unter der Schlagzeile "Sozialbudget 1970 schon wertlos?" kritische Vermutungen darüber an, "warum das Sozialbudget 1970 nicht mit der mittelfristigen wirtschaftlichen Zielprojektion abgestimmt worden ist. Sie (die Bundesregierung) nährt damit den Eindruck, daß es sich dabei um mehr als eine technische Panne gehandelt hat." Herr Katzer sollte eigentlich wissen, daß es sich nicht um eine "technische Panne - oder mehr" gehandelt hat. Aus seiner Zeit als Bundesarbeitsminister ist ihm doch nicht unbekannt geblieben, daß die Abstimmung des Sozialplanes mit der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung eine schwierige Materie ist, die auch er zu zeit seiner Amtszeit nicht bereinigt hatte. Ein praktikables Rezept hat er bis heute nicht vorgelegt. Es ist eben einfacher, im Pressedienst der CDU zu polemisieren, statt darüber nachzudenken, wie eine solche Rechnung durchgeführt werden könnte.

Es ist mehr als eine theoretische Streitfrage, wie der Sozialplan des Bundesarbeitsministeriums in die wirtschaftliche Gesamtrechnung einzubringen ist. In dieser praktikablen Methode, die zwischen mehreren Ministerien abgestimmt werden muß, wird zurzeit noch gearbeitet. Im Übrigen hatte der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Walter Arendt, auf eine kleine Anfrage der Abg. Katzer, Dr. Stoltenberg usw. bereits am 7. August 1970 eine Antwort auf die Frage erteilt, die der CDU-Politiker erneut gestellt hat. Herr Katzer hätte sie

nur nachlesen sollen, um heute wieder informiert zu sein. Es heißt dort u.a.: "Für eine Reihe von ansich wünschenswerten Aussagen im Rahmen des Sozialbudget ist die statistische Informationsbasis noch nicht gegeben. Dazu gehört auch die einheitliche Vermögensrechnung für die einzelnen Institutionen. Die Bundesregierung beabsichtigt, die statistischen Grundlagen dafür zu beschaffen, damit im Zuge des weiteren Ausbaus des Sozialbudgets auch eine solche Vermögensrechnung vorgelegt werden kann" (Bundestagsdrucksache VI/1085).

Entweder nehmen, wie schon so oft nachgewiesen werden konnte, die CDU/CSU-Fragesteller Antworten der Bundesregierung einfach nicht zur Kenntnis, dann erübrigt sich eigentlich die aufgewandte Mühe, oder sie ignorieren, wie in diesem Falle, ihr eigenes Wissen, um in polemischen Auslassungen Stimmung zu machen. In die gleiche Rangordnung muß auch die Kritik Katzers eingeordnet werden, daß die Bundesregierung auf die höheren Überschüsse der Sozialversicherung bei der Fixierung ihres Sozialplanes hinweist. Katzer macht sich die Meinung der Deutschen Rentenversicherungsträger zu eigen, die erklärt haben, daß die erhöhten Einnahmen "in den folgenden Jahren entsprechend erhöhte Rentenzahlungen auslösen..." So weit so gut, nur hat Herr Katzer vergessen, daß er erst jüngst in der Illustrierten "Quick" sich dafür stark gemacht hat, die Milliardenbeträge aus den Überschüssen der Sozialversicherungen für den Erwerb einer Eigentumswohnung bereitzustellen.

Was will Herr Katzer nun eigentlich? Bleibt nur die Feststellung, daß es sich wirklich nicht lohnt, auf seine übrigen Auslassungen, die genauso oberflächlich sind, noch weiter einzugehen.

Walter Ramm

+ + +